

Lokal, regional, national und international

Alle gemeinsam gegen Sozial- und Lohnabbau!

Die Agenda 2010 ist verabschiedet. Sie ist nur ein kleiner Schritt in die Richtung, in die die Arbeitgeberverbände gehen wollen. Das Härteste steht uns noch bevor!

Sozialabbau - Voraussetzung für Lohnabbau

Das Herzstück der Agenda 2010 ist die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Das neue Arbeitslosengeld II liegt **unter** dem bisherigen Niveau der Sozialhilfe. 2 1/2 Millionen Arbeitslosen ist es jetzt zumutbar, für etwa 600 Euro netto und weniger zu arbeiten.

Kürzungen bei Arbeitslosen und bei Sozialhilfe sollen das Tarifsysteem von unten zum Einsturz bringen. Sie treffen alle Lohnabhängigen. Weniger Lohn - mehr Profit!

Den Arbeitgeberverbänden reicht die Agenda 2010 überhaupt nicht. Sie streben die Senkung aller Löhne um mindestens 10-15% an und die Senkung der unteren Löhne um 30%. Deshalb wollen sie z.B. Tarifverträge durch betriebliche "Bündnisse" außer Kraft setzen.

Deshalb wollen sie auch eine weitere Kürzung des "Mindestlohns" Sozialhilfe um 25% bis 50%. Entweder hungern oder für Hungerlöhne arbeiten. Da man von Hungerlöhnen nicht leben kann, verlangen die Arbeitgeberverbände vom Staat Milliarden Euro Lohnsubventionen aus Steuermitteln.

Wir fordern:

- * Gesetzliche Mindestlöhne, deutlich oberhalb der Armutsgrenze, - statt staatlich subventionierten Armutslöhnen!
- * Ausreichendes Grundeinkommen für alle Erwerbslosen!

Senkung der "Lohnnebenkosten" = Lohnsenkungen

Die Agenda 2010 streicht oder kürzt weitere Leistungen der Kranken- und Rentenversicherung. Die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (sie gehören zu den sogenannten Lohnnebenkosten) sollen sinken. Unsere "Beiträge" dagegen steigen. Wir sollen aus Löhnen, die "zu hoch" sind, mehr zuzahlen und uns mehr privat versichern.

Wenn die "Lohnnebenkosten" sinken, steigen die Profite!

Den Arbeitgeberverbänden, besonders den Finanzkonzernen, reicht die Agenda 2010 bei weitem nicht! Sie streben massive **weitere Senkungen der gesetzlichen Renten** an. Massenhafte Altersarmut wird die Folge sein. Wer das nicht will, soll sich eben privat versichern. In Zukunft sollen die Altersrenten überwiegend aus kapitalgedeckten privaten Versicherungen stammen, statt wie heute nur zu 15%. Die Finanzkonzerne lassen sich die Privatisierung der Altersvorsorge mit Milliarden Steuermitteln subventionieren.

In der gesetzlichen Krankenversicherung will das Kapital die **kostenlose Familienversicherung abschaffen**. Sie will sie durch Kopfpauschalen von etwa 200 Euro möglichst für jeden Haushaltsangehörigen ersetzen. Das wären massive Beitragserhöhungen vor allem für Bezieher unterer Einkommen. Da viele das nicht zahlen können, soll der Staat das mit 25-30 Mrd. Euro aus Steuermitteln subventionieren. Wer mehr will als eine abgesenkte Grundversorgung, soll sich ebenfalls privat versichern.

Wir fordern:

Massiver Ausbau der Sozialversicherungen -
und radikaler Abbau staatlich subventionierter Privatversicherungen!
Rente mit 60 - ohne Abschlüge!

Gewinnsteuersenkungen fördern Sozial-, Lohn- und Bildungsabbau

Die Arbeitgeber verlangen Dutzende Milliarden Euro Lohnsubventionen aus Steuermitteln, wollen aber selbst immer weniger Steuern zahlen.

Die Senkung des **Körperschaftsteuersatzes** von 40% auf 25% spülte den Kapitalgesellschaften seit

Entwurf für einen Aufruf – Aktionskonferenz am 13.12.2003 in Frankfurt

2001 rd. 50 Mrd. Euro in die Kassen. Laut ifo-Institut München wurden diese zusätzlichen Unternehmensgewinne überwiegend in Finanzanlagen im Ausland angelegt. Das Kapital strebt langfristig die Senkung des Spitzensteuersatzes der **Einkommensteuer** ebenfalls auf 25% an. Der Bundesverband der Deutschen Industrie verlangt die Abschaffung der Gewerbesteuer. Die Abschaffung der Vermögenssteuer haben die Arbeitgeber schon durchgesetzt. **Die Kassen sind (ge)leer(t).**

Alle Regierungsparteien in Bund und Ländern und Gemeinden streichen bei Schulen und Hochschulen, bei sozialen Einrichtungen, Schwimmbädern, Bibliotheken, Wohnungsbau und öffentlichem Nahverkehr. Sie verlangen überall immer höhere Gebühren, z.B. bei Hochschulen und Kinderbetreuung. Alles, damit Banken und Konzerne weiterhin ohne jede Gegenleistung mit Milliarden Euro subventioniert werden können.

Von den dafür versprochenen Arbeitsplätzen und Investitionen ist nichts zu sehen!

Wir fordern:

Rücknahme aller Senkungen der Gewinnsteuern - statt weitere Senkungen!

Rücknahme der Abschaffung der Vermögenssteuer!

Öffentliche Investitionen statt staatlich geförderte private Investitionen in Finanzanlagen!

Wir fordern weiter:

Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich -

statt Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden ohne Lohn- und Personalausgleich .

Wir sehen nicht ein, dass wir immer länger arbeiten sollen, obwohl unsere Produktivität und der erwirtschaftete Reichtum dank der technologischen Revolution rasant steigen.

Aber die Globalisierung !?

Die Produktivität und der erwirtschaftete Reichtum haben stark zugenommen. Aber all das soll uns immer weniger zugute kommen.

Man sagt uns, es müsse uns schlechter gehen, damit Deutschland im globalen Wettbewerb bestehen könne. Alle Regierungschefs der EU erzählen in ihren Ländern dasselbe. Sie haben 2000 in Lissabon beschlossen, Löhne und Sozialleistungen so stark abzubauen, dass sie bis 2010 die USA als mächtigsten Wirtschaftsraum abgelöst haben. Deshalb Agenda 2010. Die USA, Japan, China und Rußland werden entsprechend dagegenhalten.

Wir wollen keinen globalen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, die geringsten Renten, die schlechteste Krankenversorgung, die längsten Arbeitszeiten und die miserabelste öffentliche Infrastruktur. Wir sehen keine Zukunft im internationalen Lohn- und Sozialdumping, sondern im internationalen Zusammenschluss der Arbeitenden und Erwerbslosen, der RentnerInnen, der Schüler und Studierenden und in ihren gemeinsamen Aktionen.

Sich zusammenschließen!

Es geht nicht darum, Sozial-, Lohn- und Bildungsabbau sozialverträglich mitzugestalten, sondern ihn abzulehnen. Die Demonstration am 1.11. war eine große Ermutigung. Aktionen auf der Straße und in Betrieben müssen Hand in Hand gehen. Proteste müssen untermauert werden durch Gegeninformation und Praktiken der kollektiven Verweigerung und des Einforderns individueller Rechte. Das gemeinsame Ziel muss sein:

Der Umsetzung von Hartz und Agenda 2010 entgegenzutreten, weitere Angriffe abwehren, eigene Forderungen durchsetzen!

Deshalb rufen wir auf:

Bildet überall örtliche und regionale Foren und Bündnisse, die sich regelmäßig treffen!

Sie müssen allen offenstehen, die gegen Sozial- und Lohnabbau kämpfen wollen.

Sie dürfen keine weltanschaulichen Vorbedingungen stellen.

Auf dieser Basis können bundesweite oder internationale Aktionen noch breiter werden.